

Elternzeit für Amtsträger?

Bürgermeister sind von Karenz- und Elternzeit oft ausgeschlossen. Ruf nach gesetzlicher Regelung wird lauter.

KLAGENFURT-LAND. Der sogenannte „Papa-Monat“ erfreut sich in Kärnten immer größer werdender Beliebtheit – auch bei jungen Bürgermeistern. Derzeit ist etwa Stefan Salzmann (SPÖ), der Bürgermeister von St. Paul im Lavanttal, im Homeoffice und genießt die Zeit mit seinem neugeborenen Kind. Doch anders als bei anderen berufstätigen Männern gibt es für Bürgermeister keinen Rechtsanspruch auf den Papa-Monat. Salzmann fordert daher eine diesbezügliche Änderung in der Kärntner Allgemeinen Gemeindeordnung (K-AGO), sodass sich Väter einen Monat lang gegen Entfall des Entgelts freistellen lassen können.

„Nicht vordringlich“

Wie sehen das die Bürgermeister aus Klagenfurt-Land? Ebenthals Bürgermeister Christian Orasch (SPÖ) würde eine diesbezügliche Regelung zwar begrüßen, sieht diese aber nicht als vordringlich an. „Eine Vertretung im Falle einer Verhinderung des Bürgermeisters ist durch die K-AGO klar geregelt. Ich sehe eine Vertretung auch im Falle eines Papa-Monats nicht als problematisch an“, so Orasch.



„Ich sehe eine Vertretung im Falle eines Papa-Monats nicht als problematisch an.“

Foto: Marktgemeinde Ebenthal

CHRISTIAN ORASCH

Dennoch würde er gerade eine Regelung der Karenz für Bürgermeisterinnen befürworten. „Das würde aus meiner Sicht sehr wohl die Attraktivität steigern, dass sich mehr Frauen politisch bzw.

als Bürgermeisterinnen engagieren“, ergänzt der Bürgermeister.

Rahmenbedingungen gefordert

Auf die Frage der Karenz-Regelung von Bürgermeisterinnen angesprochen, erklärt auch Pörschachs Bürgermeisterin Silvia Häusl-Benz (ÖVP), dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerade für weibliche Amtsträgerinnen eine große Herausforderung darstellt, da viel zeitliche



„Es ist unfassbar, dass man von guten Rahmenbedingungen ausgeschlossen wird.“

Foto: Gemeinde Pörschach

SILVIA HÄUSL-BENZ

Flexibilität und ständige Präsenz verlangt werden. „Es ist unfassbar, dass ausgerechnet jene, die sich für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen, die einzige Gruppe ist, die von guten Rahmenbedin-



Die Elternzeit ist für Amtsträger nicht eindeutig geregelt. Foto: Pixabay/Pexels

gungen für eine Elternschaft ausgeschlossen ist“, so Häusl-Benz. Sie plädiert daher auf eine klare gesetzliche Regelung, die Frauen mehr Sicherheit geben würde. „Wir brauchen Frauen in der Politik, wir brauchen Kinder und beides zusammen geht, wenn wir die Rahmenbedingungen wie Mutterschutz, Karenzzeit, etc. endlich anpassen“. (czw)